

Archivblatt des
Stadtkreis Bocholt
Amtlicher Anzeiger
des Landratsamtes
von Bürgermeister
Herrn und Herrn
des Kreises Borken.
Organ
der Zentrumspartei

Volksblatt

Geschäftsstellen:
Bocholt, Reichs-
straße 14. Fernspr.
Sammelr. 3054.
Rheide: J. Heinrichs.
Amtholt: W. Wollung.
Borken: Th. Barrens.
Verlagsort:
Dortmund 1.

Nummer 99

Dienstag, den 10. April

Jahrgang 1928

Osterreisen.

Ueber Ostern weilen in Berlin von den Reichsministern nur Reichsminister Graf sowie Stresemann und Schögel; Curtius ist zur Erholung in Karlsbad, wo er bis zum 25. d. M. bleiben wird und von Keudell wohnt vom 9.—12. den Osterferien in Nürnberg bei. Mit größtem Interesse verfolgt die politische Welt den Aufenthalt des Reichsfinanzministers Köhler in Rom, der dort mit seiner Gattin im Kloster der Grauen Schwestern wohnt und bis zum 15. April bleiben wird. Sein Besuch in Rom fällt zusammen mit dem Besuch des Reparationsagenten Parker Gilbert bei Mussolini. Dieses Zusammentreffen hat natürlich zu Kommentaren Anlaß gegeben.

Das Volkssche Telegraphenbüro meldet aber: Reichsfinanzminister Köhler ist rein privat in Rom. Es wird auch darauf hingewiesen, daß es so wohl für ihn als auch für den Reparationsagenten doch sehr viel einfacher wäre, Besprechungen in Berlin abzuhalten, wenn das Bedürfnis dafür vorliege. — Trotz dieses einsehbarer einsehender halbamtlichen Dementis über Damesplanbesprechungen muß man sagen, daß es nicht von ungefähr kommt, daß Köhlers Romreise gerade in dem Moment gelegt wurde, wo Parker Gilbert in Rom weilte. Daß man es in Berlin nicht gern sieht, wenn an die Vorbesprechungen über eine Damesrevision zu große Hoffnungen und falsche Gerüchte geknüpft werden, ist verständlich und gibt wohl den Schlüssel zu dem Volksschen Dementi.

Wo und bei wem war Parker Gilbert vor seiner Reise nach Rom? Berlin, London, Paris sind die Stationen seiner Reise. Man kann sich vorstellen, daß der vielbeschäftigte Mann die Hauptstädte Europas gerade zu Ostern nicht seiner Erholung wegen aufsucht. Besonders Rom ist während des Osterfestes die bunt bewegteste Stadt. Vermutungen über den Zweck dieser Rundreise sind nicht am Platze, denn der Zweck steht fest und wird in keiner Weise bestritten. Parker Gilbert steht in seinem letzten Bericht begonnene Dames über die endgültige Reparationslösung fort. Seit dieser Zeit sind wichtige Dinge vorgefallen, die sich teils hinter den Kulissen, teils in aller Öffentlichkeit abspielten. Der Reparationsagent war inzwischen in Amerika, wo er Gelegenheit hatte, mit den führenden Männern der Wirtschaft und der Politik sich auszusprechen und die Zustimmung für seine Ideen zu erhalten. In diese Zeitpausen fiel auch die Rede Poincaré in Carcassonne, die allgemein als Poincarés Umschwenkung in der Reparationsfrage gedeutet wurde. Dies umso mehr, als der französische Ministerpräsident noch wenige Monate vorher statt an der 132 Milliardenforderung als Endsumme in einer Rede festgehalten hat. Einen engen Zusammenhang zwischen der Carcassonner Rede und der Rundreise Gilberts wird man nicht verleugnen können. Man spricht von Wahlmacht, aber der Reparationsagent steht über den Wahlen, und seine Reise sowie seine Besprechungen mit den führenden Ministern und Finanzleuten Amerikas und Europas sind Tatsache. Sein Programm ist in zwei Worten: Fixierung der Endsumme und Übertragung der vollen Transfer-Verantwortlichkeit auf Deutschland. Der Kampf um die Festsetzung der Endsumme ist bereits auf der ganzen Linie entbrannt. Milliarden-Bahnen schwinden durch die Luft, ein Plan löst den anderen ab. Die Dinge sind jedenfalls so weit gediehen, daß man nach dem Verlauf der römischen Besprechungen einen Gesamtplan aufstellen kann, der die deutschen Reparationsverpflichtungen auf eine ganz neue Grundlage stellt, andererseits aber auch die Voraussetzungen gibt für eine Regelung der Gesamtsummenfrage zwischen den einzelnen am Kriege beteiligten Mächten. Ueber die Einzelheiten dieser Dinge ist im Augenblick wenig Positives zu sagen. Grundtatsächlich handelt es sich um eine endgültige Festlegung der deutschen Schuld, die sich zwischen 40 und 50 Milliarden Mark unter Anrechnung der bisher geleisteten Waren- und Transferleistungen bewegen soll. Deutschlands Aufgabe im jetzigen Moment ist es abzuwarten, solange bis sich die Gerüchte und Projekte zu greifbareren Formen verdichtet haben. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland keinen prinzipiellen Wunsch hat, als den jetzigen Zustand der Unsicherheit baldmöglichst beendet zu sehen. Es ist ein großer taktischer Vorteil für uns, daß die energiegelade Wiederaufstellung des Schuldenproblems im Lager der Glaubigenationen geschieht. Es ist dies der beste Beweis dafür, daß eine endgültige Lösung notwendig geworden ist und nicht nur notwendig für uns, die Schuldner. Es gibt kein deutsches Schuldenproblem, das losgelöst von den internationalen Schuldenfragen behandelt werden könnte. Diese Erkenntnis ist jetzt Allgemeingut geworden. Ein großer Fortschritt, wenn man bedenkt, daß die Verquickung der internationalen und deutschen Schuldenprobleme vor noch nicht allzu langer Zeit als unauflöslich und nicht erlöschend von allen Seiten schroff abgelehnt wurde. Zehn Jahre nach Beendigung des Krieges scheint man nun daran zu gehen, diesen Krieg auch finanziell endgültig zu liquidieren. Daß dies nicht allein auf den Schultern Deutschlands geschieht, müssen wir bei den kommenden Auseinandersetzungen zu verhindern suchen.

Zugleich mit Parker Gilbert und Köhler ist auch der polnische Außenminister Jaleski in Rom aufgetaucht. Das ist für uns Deutsche von ganz besonderem Interesse. Denn wenn es ein Land in der Welt

Um die Regelung der internationalen Nachkriegsprobleme.

Die Bedeutung der Poincaré-Rede.

Paris, 9. April. Der „Temps“ erklärt im Zusammenhang mit den Ausführungen Poincarés in Carcassonne über die französische auswärtige Politik, daß somit die Frage einer Gesamtregelung der internationalen Nachkriegsprobleme auf breiter Grundlage ausgestellt wurde. Eine Regelung auf diese Weise würde in hohem Maße zur Lösung aller politischen Fragen beitragen, die in Europa infolge des Krieges entstanden und letzten Endes finanziellen Fragen untergeordnet seien. Alle Gerüchte über eine Neuregelung der Schuldenfragen seien jedoch vorläufig mit größter Vorsicht aufzunehmen. Im gegenwärtigen Augenblick könne es sich im Hinblick auf die amerikanischen Wahlen nur um vorübergehende Arbeiten handeln. Es sei jedoch wünschenswert, daß, sobald das Problem spruchreif geworden sei, eine grundsätzliche Ueberreimung des europäischen Standpunktes vorliege. Wenn einzelne deutsche Zeitungen versuchten, gegen den Eindruck der Rede Poincarés vorzugehen, indem sie behaupten, daß Poincaré die Ausgangsgebanten von Thoiry versäßen und nichts anderes wolle, als daß Deutschland für die Schuld des Frankreichs an die Vereinigten Staaten und England aufkomme und obendrein noch neue Sicherheitsgarantien für die Alliierten biete, so könne man nur erwidern, daß es ihnen nicht gelinge, die öffentliche Meinung irrezuführen. Poincaré sei weder von der normalen Linie der französischen Politik noch von der logischen Notwendigkeit einer Gesamtregelung, wie sie in den Unterhaltungen Briands mit Stresemann in Thoiry gemacht wurden, abgewichen. Sicherheit, Reparationen, interalliierte Schulden und Räumung des Rheinlandes seien Etappen einer Gesamtregelung der Friedensprobleme.

Paris in Reparationsfieber.

Paris, 9. April. Die gegenwärtige Reise Parker Gilberts nach den verschiedenen alliierten Hauptstädten und die in der Debatte gemachte Frage der Mobilisierung der deutschen Obligationen läßt die Pariser Presse immer noch nicht zur Ruhe kommen. Er neigt sich heute die „Liberté“ einen Zeitungsartikel, in dem sie das Dementi über eine frühere Besprechung zwischen Parker Gilbert und Poincaré bekräftigt, daß es einen gewissen Stillstand in der Möglichkeit der Unterbringung der Dames-Obligationen bedeute. Erneut gibt die Blatt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die beste Lösung für das ganze Kriegsschuldenproblem ihre möglichste frühe Streichung sei und die Ausgabe der deutschen Obligationen das Mittel gebe, eine Frage zu erledigen, die auf dem ganzen internationalen Leben lastet. Das Blatt kritisiert die Haltung der Vereinigten Staaten, die nicht anerkennen wollten, daß Frankreich in dem Maße seinen eigenen Verpflichtungen nachkomme, wie von Deutschland bezahlt werde. Im großen und ganzen verliert also der deutsche Staat nichts, wenn er ein schlechter Zähler sei. Deutschland habe auch bei seinem Zusammenbruch nichts verloren (?), da es das Geld finde, das es für seine Industrie wolle. Frankreich laufe in dieser Angelegenheit Gefahr, der Vereinigung zu sein. Es könne sehr wohl nicht alles erhalten, was es mit Recht von diesem Jahr ab vom Dawesplan erwarten könne. Wenn es nicht über das Dames gehauen werden wolle, gebe es nur ein Mittel, nämlich unerschütterlich den Grundsatz aufrecht zu erhalten, daß es seine Gläubiger bezahlen werde, wie es selbst bezahlt werde.

Ein abgeschwächtes ungarisches Dementi.

Budapest, 7. April. Gegenüber einer Nachricht einer ausländischen Depeschagentur, daß sich der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen in Mailand aufhalte, wo er mit dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini vertrauliche Besprechungen

führe, wurde offiziös behauptet, Graf Bethlen habe in Venedig und Umgebung einige Tage verbracht, um sich ungehört auszurufen. Seine Reise habe keine politische Ziele. Die Nachricht, als ob Ministerpräsident Graf Bethlen in Mailand oder anderswo mit dem italienischen Ministerpräsidenten oder anderen Personen Verhandlungen führen wolle, entspreche nicht den Tatsachen. Gleich darauf wurde aber schon zugegeben, daß Ministerpräsident Graf Bethlen nicht nur zur Erholung nach Italien gereist ist, sondern dort tatsächlich Verhandlungen gepflogen hat. Allerdings, so heißt es, nur Verhandlungen wirtschaftlicher Natur, die wegen der Schwierigkeiten, denen die Handelsvertragsverhandlungen begegnen, erforderlich gewesen seien. Weitere Verhandlungen werden demnächst Handelsminister Hermann und Finanzminister Sud in Italien führen.

Die Türkei und Italien.

Wien, 9. April. Nach einer Meldung aus Angora seien die türkischen politischen Kreise unter dem starken Eindruck der Zusammenkunft des Außenministers Ruchdi Bey mit Mussolini in Mailand. Welche Bedeutung man dieser Aussprache beilegt, geht daraus hervor, daß man von einem Wendepunkt in der auswärtigen Politik der Türkei spricht. Die Reise Ruchdi Bays nach Genf, die der Zusammenkunft von Mailand vorangegangen war, hat zweifellos der Vorbereitung der jetzigen Besprechung gedient. Zu welchem Ergebnis die Konferenzen Mussolinis mit Ruchdi Bey führen werden, weiß man allerdings auch in Angora noch nicht.

Frankreich und die italienisch-türkische Annäherung.

Paris, 9. April. Der offiziöse „Petit Parisien“ mißt der Begegnung Mussolinis mit dem türkischen Außenminister in Mailand große Bedeutung bei. Auch für den Fall, so schreibt das Blatt, daß die Unterredung ausschließlich wirtschaftliche Ziele verfolgt habe, verdiene sie größere Beachtung. Die Unterredung sei ursprünglich vom türkischen Außenminister nicht geplant gewesen. Der Außenminister hätte nach seiner Anwesenheit in Genf über Paris, London und Berlin nach Angora zurückkehren wollen. Weiter sei die Unterredung streng geheim während der Tagung der Abrüstungskonferenz in Genf vereinbart worden, sobald die Begegnung auf eine Veränderung in der Politik Italiens hinwirken sollte, die sich bisher mit Vorliebe Berlin und Moskau zugewandt habe. Es werde Litwinnow und Graf Bernstorff sicherlich überrascht haben, daß der türkische Delegierte nicht den russischen Abrüstungsplan unterstützt habe. Nicht minder überrascht hätten die ablehnenden Erklärungen des türkischen Außenministers gegenüber einem Locarno für Mitteleuropa und einem Balkanbündnis. Durch sei er der Auffassung Italiens über diesen Gegenstand sehr nahe gekommen. Zwischen der Begegnung, der der italienische Staatssekretär Grandi und der türkische Volksführer in Verhandlungen des türkischen Außenministers mit Mussolini ein Zusammenhang bestehe, werde erst die Zukunft aufklären.

Eine polnisch-italienische Entente?

Paris, 9. April. Der Warschauer Vertreter des „Zentralblattes“ berichtet über eine Unterredung mit einem der Sekretäre des polnischen Außenministers Jaleski, der die Eindrücke von Königsberg als ausgiebig bezeichnet. Der Berichterstatter gibt ferner an, daß Jaleski wieder, wonach es sich bei der Reise Jaleskis nach Rom um eine polnisch-italienische Entente, wenn nicht ein Bündnis handele, das die französisch-polnische Allianz einerseits und das polnisch-rumänische Bündnis andererseits ergänzen soll.

Daß nun die Polen den Wunsch gespürt haben, bei dem römischen Duce seine guten Erinnerungen an seinen italienischen „Kollegen“ Woldemaras möglichst zurückzubringen und an ihre Stelle mehr frische Ergebnisse mit dem Warschauer Mussolini zu setzen, ist recht verständlich und erklärlich. So führen die allgemeinen wie die konkreten politischen Ziele Warschauer nach Rom. Die Reise Jaleskis nach Rom ist also von allen Gesichtspunkten aus, die sich nur aufstellen lassen, organisch begründet. Dieser Umstand braucht uns nicht zu beunruhigen.

Die Zahl der ausländischen Gäste in Italien während der Ostertage ist aber mit Parker Gilbert, Köhler und Jaleski nicht erschöpft; sie ist fast unübersichtlich geworden. Auch der ungarische Außenminister weilen in Italien beim Duce. Ebenso der litauische Gesandte in Berlin, der wohl Jaleski das Gegengewicht halten soll. Diese Osterbesprechungen dürften in der nächsten Zeit noch starke politische Wellen werfen. Für uns weist das heutige politische Bild einige erfreuliche Töne auf, die zu einem gewissen Optimismus berechtigen. Wir müssen nur auf der Hut sein, um die guten Möglichkeiten, die sich hier und da für uns ergeben beginn, erhalten werden, nicht zu verpassen.

Die Rechte im Wahlkampf.

Schon längst sind die Deutsch-Konservativen, die sich als besondere Gruppe innerhalb der Deutschnationalen Partei erhalten und ursprünglich das Recht errungen hatten, den deutschnationalen Parteivorstand zur Hälfte zu befragen, mit der Entwicklung der Deutschnationalen Partei unzufrieden. Jetzt erklärt die Deutschkonservative Partei einen Wahlausruf, der das Tischtuch zwischen Deutschnationalen und Konservativen zerschneidet. Der Ausruf tritt ein „für die auf gesetzlichem Wege wiederherzustellende legitime Monarchie“ und bezeichnet den „so genannten Kaiserparagrafen des Republikverfassungsgesetzes“ (für dessen Verlängerung bekanntlich die deutschnationale Volkspartei unter Führung des Grafen Westarp geschlossen gestimmt hat) als „eine Schande für unser Volk“. Er wendet sich „gegen das ganze heutige System, das uns in immer tieferer Not führt und den Parlamentarismus“, also auch gegen die bisherige Betätigung der Deutschnationalen Volkspartei. „Wir verlangen, daß man aus der Deutschnationalen Partei, daß ihre Anhänger ihre Stimmen dem völkisch-nationalen Block, nicht den Deutschnationalen geben. Von dieser Seite haben also die Deutschnationalen nichts mehr zu erwarten.“

Nach links hin sind die Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei vollständig auseinandergeraten. Die Verhandlungen der beiden Parteien in der Pfalz wurden ergebnislos abgebrochen, nachdem die Deutsche Volkspartei verlangt hatte, daß nach der Spitzenkandidatur des Herrn Janßen, der der Deutschen Volkspartei angehört, auch noch die zweite Stelle für die Reichstagsliste mit einem volksparteiweisen Kandidaten und zwar dem Justizrat Zapf-Zweibrücken besetzt werden soll bzw. daß die Reichstimmern der Reichsliste der Deutschen Volkspartei zufallen sollten. Eine ähnliche Forderung war für die bayerischen Landtagswahlen gestellt. Am 24. April wird Stresemann in einer Versammlung in München seine erste Rede als Reichstagskandidat in Bayern halten und daran eine vierzehntägige Wahlkampagne in der bayerischen Provinz anschließen. Hierbei dürfte der Riß zwischen den beiden Reichsparteien deutlicher in die Erscheinung treten.

Welche von den beiden Parteien vom Industriekapital im Wahlkampf unterstützt werden wird, das ist die Frage, die in Sachen auf werden wird. Am 15. März 1928 hat der Verband sächsischer Industrieller, dessen Syndikus Stresemann früher lange Zeit gewesen war, an seine Mitglieder ein Schreiben verfaßt, in dem es heißt:

„Wir beziehen uns auf das Thesen von unserer Hauptgeschäftsstelle zugegangene Rundschreiben Nr. 3/28 vom 15. Februar. Seit Abwendung dieses Rundschreibens besteht Gewissheit darüber, daß der Reichstag vorzeitig aufgelöst und veranlaßt Neuwahlen im Mai ausgeschrieben werden. Um so dringender ist es erforderlich, daß die vom Verband eingeleitete Sammlung zur Unterstützung industrieller Kandidaturen mit aller Energie fortgesetzt wird. Gemäß den Absichten des Gesamtverbandes sollen mit diesen Mitteln diejenigen Parteien unterstützt werden, die sich bereit erklären, Industrielle an höherer Stelle in ihre Reichstagswahlliste zu setzen. Die Industrie war bisher im Reichstag ganz außerordentlich schwach vertreten im Gegensatz zu der Landwirtschaft, Handwerk, Angestellten- und Beamtenchaft. Nach Beschluß des Ortsgruppe Chemnitz in einer stark besuchten Vorstandssitzung einstimmig und mit Nachdruck angeschloßen hat, wird jede Mitgliedsfirma gebeten, mindestens 20 Pfennige pro Arbeiter und pro Monat für die Monate Februar, März, April und Mai an das Wirtschaftsfondsamt sächsischer Industrieller bei der Allgemeinen Deutschen Creditanstalt Dresden, zu überweisen. Besonders erwünscht ist Gesamtschuldung in einer Summe. Firmen, die dazu in der Lage sind, werden gebeten, über diese Mindestsumme hinauszugehen.“

Es wird interessant sein, festzustellen, wieviele Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei in den sächsischen Wahlkreisen Dresden, Leipzig und Chemnitz mit diesen Bahlgeldern der Industrie, „zwanzig Pfennig pro Arbeiter und pro Monat“, aufgestellt werden. Die Deutsche Volkspartei scheint sich da keinen großen Hoffnungen hinzugeben. Man wird sich erinnern, daß Stresemann am 21. März auf dem

gibt, daß die Folgen jeder Wendung in der Außenpolitik Polens besonders akut zu verspüren hat, so ist es eben Deutschland. Man muß die gesamte europäische politische Lage in Betracht ziehen, um den Drang Warschauer nach Rom einigermaßen erspöndend erklären zu wollen. Bisher war Polen bekanntlich einseitig französisch orientiert. Dem französischen Freund und verbündeten der jungen polnische Staat recht vieles. Freilich hat England nach seinem Bruch mit Moskau es versucht, Polen in seine Bahn zu ziehen. Freilich hat Amerika durch seine Anleihe eine wirtschaftliche Hegemonie über Polen hergestellt. Aber trotz allem blieb es bis jetzt Frankreich, das die Rolle des Beschützers von Warschau mit mehr oder minder großem Erfolg spielte. Die neuen Beziehungen, die Warschau mit der kleinen Entente pflegte, schienen die Bande zwischen Warschau und Paris nur noch zu befestigen. Aber die ganze letzte Zeit hat doch eine große Wandlung mit sich gebracht. Warschau mußte nämlich die Feststellung machen, daß an sämtlichen schwachen Punkten Europas der Einfluß Frankreichs im Sinken begriffen ist, und daß demgegenüber der Stern Italiens in Süd-, Zentral- und Osteuropa im Aufstieg ist. Diesem Umstand hat nun Warschau unbedingt Rechnung tragen müssen, und wenn es auch nicht gedenkt, dem französischen Freund den Rücken zu kehren, so will es doch „auf alle Fälle“ sich weiter umsehen, um seine Position auf einer möglichst breiten und weiten Basis zu sichern. So bildet bei der Reise

Jaleskis nach Rom nicht so sehr der sinkende Einfluß Frankreichs den Hauptantrieb, als vielmehr der steigende Einfluß Italiens. Nicht alle Sympathien verlieren, sondern neue gewinnen will Polen. Und daß gerade hier Mussolini in den Vordergrund treten mußte, ist das Ereignis der heutigen europäischen Konstellation. Aber noch weiter, über diese vagen und allgemeinen Tendenzen hinaus hat Warschau allen Grund, in einer neuen Anhänglichkeit zu Mussolini zu erglühen. Man vergesse doch nicht, daß der kleine Kownoer Diktator seit langem in Fühlung zu Mussolini getreten ist, nicht nur um sich ein für allemal von der faschistischen Theorie und Praxis durchdringen zu lassen, sondern um die Gunst des Duce als einen Trumpf im Konflikt mit Polen auszuspielen. Dieser Konflikt ist seit Genf, wo direkte Verhandlungen zwischen beiden Parteien angeordnet wurden, und seit Königsberg, wo diese Anordnung ohne überflüssige Begeisterung erfüllt wurde, nicht außer der Welt geschaffener worden. Er ist vielmehr in ein langweiliges, langwieriges und langatmiges Stadium getreten, das zwar die unmittelbare Gefahr einer Explosion bedeutend vermindert, aber doch nicht ganz beseitigt hat. Das offene Auseinanderprallen zweier Gegner hat sich in einen geheimen Kleinkrieg verwandelt: in den in Königsberg in Aussicht genommenen drei Kommissionen wird jede Position mit größter Feindschaft verteidigt. Wer längere Ausdauer und größere Rückenbedeckung hat, wird aus diesem Positionskampf Vorteile ziehen.

Empfangsabend der ausländischen Presse u. a. aus-
führte: Wir haben ein Interesse daran, daß in dieser
Zeit, in der kapitalistische Mächte viel grö-
ßeren Einfluß haben als jemals früher, dieser Ein-
fluß nicht zur Geltung kommt in der Zusammen-
setzung des Reichstages. ... Es darf nicht
sein, daß man einen Mann, der die Wahlkosten be-
zahlen kann, an die Stelle setzt, auf der bisher ein
Gelehrter gestanden hat, der nicht in der Lage ist, be-
zahlen zu können. Es ist wohl anzunehmen, daß Strese-
mann auf das obige Schreiben der sächsischen Industri-
ellen antwortete.

Roebe über die Wahlen.

Ein Interview.

Paris, 7. April. In einem Interview gegenüber
dem Berliner Vertreter der "Volonté" äußerte sich
Reichstagspräsident Roebe u. a. folgendermaßen:

Die Sozialisten sehen den Wahlen optimistisch
entgegen. Der Wahlsieger werde sich in Deutschland um
die Frage drehen, ob das deutsche Volk die Politik
Stresemanns weiter unterstützen oder durch eine
Koalition der Rechten ersetzen. Es sei zwar unklar, ob
diesmal es aber zu erwarten, daß sich die große Mehr-
heit der Wähler für eine Politik des Friedens und
der Verständigung aussprechen werde. Der Zu-
sammenbruch der deutschen Regierungskoalition sei auf
wirtschaftliche Beweggründe und auf liberale
Tendenzen der Deutschen Volkspartei zurückzuführen.
Man könne sagen, daß die Koalition im
Interesse außenpolitischer Ziele geschlossen
worden sei. Herr Stresemann wolle die Deutsch-
nationalen von der Notwendigkeit seiner Politik
überzeugen. Dagegen liege die Koalition aus innen-
politischen Ursachen auseinandergegangen. Der
Wahlsieger werde einerseits zwischen den Sozialisten
und Kommunisten und andererseits zwischen den
Deutschen Nationalen und der Volkspartei
ausgetragen werden. Nach seiner Ansicht, erklärte Roebe,
werde das Endergebnis der Wahl eine Mehrheit
zugunsten der Verfassung von Weimar sein.
Auf die Zentrumspartei zu sprechen kommend,
erklärte Roebe, daß sie republikanisch sei, obwohl sie
einer Koalition angehört. In diesem Kampfe wer-
den sich die Sozialisten mit der Zentrumspartei auf der
republikanischen Plattform treffen. Auf
die Frage des Korrespondenten, ob die Verfassung
in dem Wahlprogramm eine Rolle spiele, erwiderte Roebe,
daß diese Frage nicht mehr vorhanden sei. Die
Monarchie liege für immer begraben. Es gebe nur eine
Partei, die monarchistisch sei und das wären die Deutsch-
nationalen, aber die meisten Nationalisten hätten
die Republik an erkannt, als ihre Partei in die
Regierung eingetreten sei. Die Sozialisten seien keine
Monarchisten mehr. Was die Partei verlange, sei eine
Diktatur der nationalen Parteien. Zum Schluss er-
klärte Roebe, daß er sich über die Wandlung Bol-
schar's freue, der sich vom Saulus zum Paulus be-
kannt hätte.

Gründung eines Lenin-Bundes.

Berlin, 9. April. Die aus der R. P. D. aus-
geschlossenen linken Kommunisten gründeten
auf einem während der Ostertage im preußischen
Landtag abgehaltenen Kongreß den Leninbund
und beschloßen, bei den Reichstags-, Landtags- und
Kommunalwahlen eigene Kandidaten aufzustellen,
ferner wurde ein offenes Schreiben an die Exe-
kutive der kommunistischen Internationale beschlossen,
in dem u. a. beantragt wird, den Leninbund als
sympathisierende Organisation in die
Internationale aufzunehmen. In diesem
Falle sei bereit, auf selbständige Beteiligung bei
den bevorstehenden Wahlen zu verzichten und die
R. P. D. zu unterstützen.

Die neuen Auslandsvertreter.

Die Personalveränderungen im auswärtigen Dienst.
Berlin, 7. April. Die seit längerem erwarteten
Personaländerungen des Auswärtigen Amtes werden
nunmehr amtlich bekanntgegeben. Es wurden ernannt:
Zum Gesandten in Peking: der Botschafter in
Tokio, Dr. von Borch; zum Gesandten in Buenos
Aires: der Gesandte in Brüssel, Dr. von Keller;
zum Gesandten in Brüssel: der Ministerialdirekt
im Auswärtigen Amt Dr. von Harnack; zum Ge-
sandten in Santiago: der Gesandte in Belgrad, Dr. Ols-
hausen; zum Gesandten in Belgrad: Dr. Ols-
hausen; zum Gesandten in Rio de Janeiro: der Ge-
sandte in Kiga, Dr. Roeder; zum Gesandten in Kiga:
der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt,
Dr. Stube; zum Gesandten in Kuba: der Gener-
alkonsul in Barcelona, Dr. Schroetter; zum
Generalkonsul in Barcelona: der Wirkliche Lega-
tionsrat im Auswärtigen Amt, Dr. Bobrit; zum
Gesandten in Oslo: der Ministerialdirekt im Aus-
wärtigen Amt, Dr. Wallroth; zum Ministerialdirek-
tor im Auswärtigen Amt: der Ministerialdirekt im
Auswärtigen Amt, Dr. von Derssen; zum Gesand-
ten in Lüttich: der Generalkonsul in Memel, Dr.
Mildner; zum Generalkonsul in Memel: der Gener-
alkonsul in Gothenburg, Haack; zum Konsul in
Gothenburg: der Konsul in Porto Allegre, Dr.
Daehardt; zum Konsul in Porto Allegre: der
Konsul in Genoa, Dr. Wachtel; zum Konsul
in Genoa: der Konsul im Auswärtigen Amt
Dr. Rubbe; zum Generalkonsul in San Fran-
zisko: der Generalkonsul a. D. Dr. von Gontig.

Zu Vortragenden Legationsräten im Auswärtigen
Amt: die Legationsräte Dr. König, Kraska, Dr.
von Kaufmann-Wester und der Oberregierungsrat
im Auswärtigen Amt Dr. Casp.

In den einstweiligen Ruhestand versetzt wurden:
der Gesandte in Peking Dr. Borch, der Gesandte in
Buenos Aires, Dr. Keller, der Gesandte in Santiago,
Graf von Spee, der Gesandte in Belgrad, Dr. Fran-
ke, der Gesandte in Oslo, Dr. von Borch, der Ge-
sandte in Lüttich, Dr. Guntz, der Generalkonsul in Mar-
seille, Dr. Francuz, der Generalkonsul in San Fran-
zisko, Dr. Biegl, der Vortragende Legations-
rat im Auswärtigen Amt Dr. von Böhmchen.

Der Botschafter in Tokio, Dr. Solz, wird auf seinen
Antrag in den Ruhestand versetzt werden, aber bis
um Herbst auf seinem Posten verbleiben.
Sein Nachfolger wird der Gesandte in Lissabon, Dr.
von Borch, ernannt werden, an dessen Stelle der Diri-
gent der Presseabteilung des Reichsministeriums, Dr. von
Balgan, treten wird. Zu seinem Nachfolger ist der
Vortragende Legationsrat Dr. von Kaufmann-
Wester bestimmt.

Zwei Riesenschiffdampfer für das französische Reparationskonto.

Hamburg, 7. April. Der auf der Hiesigen Werft
von H. C. Stuelcken und Sohn auf Rechnung des fran-
zösischen Reparationskontos gebaute 2200 t große
Dampfer "Gergant Gourane" hat heute die Aus-
reise nach St. Nazaire angetreten. Ein zweiter
Dampfer der gleichen Type ist noch auf der Werft in Bau und soll

Die Entspannung auf dem Balkan.

Englands Eingreifen.

Die Aufhebung der jugoslawisch-albanischen Grenz-
sperrung ist bekanntlich am Freitag erfolgt. Ganz so harm-
los wie die Albaner die Sperrung hinstellen, ist sie wohl
doch nicht gewesen. In diplomatischen Kreisen wird
erklärt, daß erst ein Druck seitens der englischen
Regierung in Tirana ausgeübt werden mußte, um
die albanische Regierung zu einer rascheren Beilegung
des Konfliktes zu bewegen. Die Verhältnisse hatten sich
in den letzten Stunden so zuspitzte, daß bei einem weite-
ren Verharren Albaniens auf seinem Standpunkt es
nicht ausgeschlossen wäre, daß Südbalkan ein befrucht-
etes Ultimatum nach Tirana schicken würde. Die
englische Regierung hat eine solche Entwicklung der Dinge
nicht gewollt und darum in Tirana zu verfahren gegeben,
daß es höchste Zeit sei, die Aktion mit der Grenzsperrung
aufzugeben.

"Politika" erzählt aus italienfreundlichen albanischen
Kreisen, daß zwischen Albanien und Italien eine
Zollunion vorbereitet werde, die u. a. die Möglichkeit
geben wird, daß die Zollorgane jedes der beiden Staaten
auf dem Gebiete des anderen Vertragspartners verwendet
werden können. Dies bedeute, daß Albanien die Mög-
lichkeit haben werde, die ganze Grenze gegen Südbalkan
mit italienischen Zollwächtern zu besetzen.

Ein Balkan-Locarno.

Belgrad, 8. April. Die Bestrebungen einzelner Bal-
kanländer, die gegenseitigen Beziehungen durch Ab-
schluß direkter Freundschaftsverträge zu festigen,
werden in jugoslawischen diplomatischen Kreisen mit
lebhafter Begeisterung begrüßt. Es wird darauf ver-
wiesen, daß seitens Jugoslawiens bereits wiederholt be-
kannt wurde, daß einer Verständigung sämtlicher
Balkanländer im Locarno-Geiste schlicht sein

Hindernis im Wege stehe. Das Wesen dieses Geistes
ist, daß die Initiative für die Verständigung von jenen
Parteien ausgehe, die die neu geschaffene Ordnung in
Europa und besonders auf der Balkanhalbinsel bei Friede-
schluß nur unter dem Zwange der durch das Ergebnis
des Krieges geschaffenen Situation anerkannt haben. Erst
durch die Erzielung der Initiative für den Abschluß eines
Balkan-Locarno würden diese Staaten, in erster Linie
Bulgarien, die Aufrichtigkeit ihrer Versöhnungspolitik
manifestieren. So wie in Europa der Anstoß zur Locarno-
Verständigung von Deutschland ausgegangen sei, müßte
auch der Abschluß eines Balkan-Locarno von Bulgarien
angeregt werden.

Italienische Kriegsmateriallandung in Durazzo?

Belgrad, 6. April. "Novosti" meldet, seitens Ita-
liens seien in den letzten Tagen in Durazzo vier Bat-
terien großkalibrierter Geschütze, mehrere Ge-
birgsbatterien und 20000 Gewehre ausgeschifft
worden. Die Ausladung des Kriegsmaterials sei zur
Nachtzeit durchgeführt worden.

Erneute rumänisch-ungarische Spannung.

Budapest, 7. April. Die Nachmittags- und Abend-
blätter besetzen sich eingehend mit der Verordnung
des rumänischen Kultusministers, nach der die an ungar-
ischen Universitäten erworbenen Diplome in Rumänien
nicht anerkannt werden. Die Verordnung wird
als ein Verstoß gegen die Verschiedenheit der
ungarischen Hochschulbildung bezeichnet. Die Presse fordert für
den Fall, daß diese Verordnung des rumänischen Kultus-
ministers nicht zurückgezogen wird, eine ähnliche Maß-
nahme gegen die an den rumänischen Universitäten er-
worbenen Diplome.

Auf nach dem Nordpol!



Der australische Fliegerhauptmann Wilkins ist am
5. April von Point Barrow (Alaska) aus nach dem
Nordpol gestartet. Die Strecke, die der Flieger bis zum

Abflug der "Italia".

Rom, 9. April. Mussolini, dessen Rückkehr nach Rom
für Dienstag erwartet wurde, wird an diesem Tage
in Mailand bei dem Abflug der "Italia", des Nord-
polflyers des Generals Kobile, anwesend sein.
Sein Eintreffen in Rom dürfte sich daher um mindestens
einen Tag verzögern.

Ein Amerikaner will zwei Meere überfliegen.

London, 6. April. Nach Meldungen aus New York
flüchtet der Fliegerleutnant Bert Hall an, daß er in

Der Eindruck der Kriegsgerichts- Urteile von Gibraltar in England.

London, 7. April. Die englischen Morgenblätter
beschäftigen sich ausführlich mit den Kriegsgerichts-
urteilen von Gibraltar. Mit Nachdruck wird betont, daß
die britische Marine als Ganzes unbeschadet
aus den beiden Verfahren hervorgegangen sei. Die
Verurteilung der beiden Offiziere wird im allgemeinen
als unverständlich angesehen. Vielfach wird be-
merkt, daß die Angelegenheit keineswegs so ernst
war, um ein Kriegsgerichtsverfahren zu rechtfertigen,
vielmehr wurde auf eine Art belagerten, durch die ver-
urteilten worden wäre, Vorfälle in der britischen Flotte
zum Hauptgesprächsthema in der Welt zu
machen. Für dringend wünschenswert wird erklärt, daß
die Marineleitung einen Bericht herausgibt, der Klar-
heit in die ganze Angelegenheit bringt. Einige Blätter,
darunter auch "Daily Mail", verlangen die Wieder-
einstellung der beiden Offiziere und bezeichnen
Konteradmiral Collard als den Hauptschuldigen.
Die "Daily News" und die "Westminster Gazette"
heben einige auch von der übrigen Presse berührten
Punkte stärker hervor, indem sie feststellen, daß durch
dieses Kriegsgerichtsverfahren die Laufbahn von zwei
erstklassigen Offizieren beendet worden sei. An
die Marineleitung müsse man die Frage richten, ob sie
mit diesem Ergebnis zufrieden sei und ob sie die Ange-
legenheit damit als erledigt betrachte. Bestimmungen,
die nicht mehr mit der Zeit und dem modernen Geist
in der Flotte in Einklang ständen, müßten geändert
werden.

einigen Wochen zu einem Fluge rund um die Welt
starten will. Der Start erfolgt in Seattle, von
dort soll in ununterbrochenem Flug nach Tokio
dann quer durch Asien nach Europa fliegen. Die
Rückreise wird über den Atlantik gehen. Hall will
sowohl den Pazifik als auch den Atlantik in der
ungünstigsten Fahrtrichtung überqueren.

Ein Flug von Tokio nach Hanoi.

Tokio, 8. April. Die französische Fliegerin Costes
und Lebriz sind zu einem Flug nach Hanoi aufge-
brochen. Sie beabsichtigen, die 4000 km lange Strecke
ohne Zwischenlandung zu durchfliegen und rechnen mit
einer Flugdauer von 30. Stunden.

Bombenattentat in Innsbruck.

Innsbruck, 9. April. Wie aus Jenbach gemeldet
wird, wurde dort gestern Abend auf den Präsidenten des
Tiroler Industriellen-Verbandes, Reiflinger, ein
Bombenattentat verübt. Als Präsident Reiflinger
aus seinem Hause in den Garten trat, wurde über
die Gartenmauer ein eiserner Sprengkörper geschleudert,
der unweit des Hauseinganges explodierte. Reiflinger
blieb unverletzt. Der Beschädigte ist gering. Die
scharf eingeleiteten Erhebungen führten zunächst zu zwei
Verhaftungen, die aber nicht aufrechterhalten werden
konnten. Über die Täterhaft fehlt bisher jeder sichere
Anhaltspunkt. Präsident Reiflinger ist aber der Ueber-
zeugung, daß die Täter keinesfalls in der Industrie-
arbeiterklasse zu suchen sind.

Die Begnadigung der ungarischen Frankenjäger.

Budapest, 7. April. Der Budapest-Gerichtshof hat
auf Grund des Amnestiegesetzes des Reichsverwesers vom
1. März d. J. in seiner jüngsten Entscheidung von den
im Frankenjägerprozess verurteilten Personen Radossy,
Haltz, Kurz, Gerö, Raba und Dr. Schweig begnadigt.
Die Begnadigung, die i. J. zu Kerkerstrafen von
vier Monaten bis zu 3 1/2 Jahren verurteilt
worden waren, haben einen Teil ihrer Strafe verliert.
Die Amnestie erstreckt sich nicht nur auf die Freiheitsstra-
fen, sondern auch auf die als Nebenstrafe gemessene Geld-
buße, doch wird der im Urteil ausgesprochene Verlust der
politischen Rechte durch die Amnestie nicht berührt.
Dem Prinzen Ludwig Windischgrätz wurde die
Amnestie verweigert, weil er erst einen klei-
nen Teil seiner Strafe verbüßt hat und sich ständig
auf Krankenurlaub befindet. Ebenso wurde die
Amnestierung Bela Mantowitsch verweigert, weil
er die jährliche Krankenrente für eigene Taten ver-
werten wollte. Das Gericht gibt keine ausdrückliche Be-
gründung der Verweigerung der Amnestierung für
Windischgrätz und Mantowitsch. Der Gerichtshof hat
den Bestimmungen des Amnestiegesetzes gemäß auch
untersucht, inwieweit die Verurteilten durch ihr gutes
Betragen nach ihrer Verurteilung sich der Gnade wür-
dig erwiesen haben. In dieser Beziehung lagte der
Bericht der Justizverwaltung in Herta über den dort
in Haft gehaltenen Radossy, daß er in jeder Be-

ziehung ein gutes Beispiel gegeben und dadurch
auf alle Häftlinge einen befriedigenden Einfluß ausgeübt
habe.

Von Nah und fern.

Verhängnisvolle Schwarzfahrt.

Bahnhof, 9. April. Der bei dem Kohlenhändler
Hilfen beschäftigte Arbeiter Johann Holte sich am ersten
Ostertage, ohne seinen Arbeitgeber zu fragen, ein Per-
sonenauto aus der Garage und unternahm damit zu-
sammen mit einem Elektrolehrer eine Osterfahrt. Auf
der Rückkehr gegen elf Uhr abends platzte an einem
Hinterachsrad der Reifen, und das in schneller Fahrt befind-
liche Auto stieg um. Johann war auf der Stelle tot;
der Lehrling wurde so schwer verletzt, daß an seinem Auf-
kommen gezweifelt wird.

Tragödie eines entlassenen Finanzbeamten.

Berlin, 7. April. Heute vormittag wurde der Steuer-
beamte van Briesen und seine Ehefrau in ihrer Woh-
nung tot aufgefunden. Nach den kriminalpolizei-
lichen Ermittlungen handelt es sich um einen Doppel-
selbstmord, zu dem van Briesen seine Frau angeleitet
hatte. Er hatte sich bei dem Finanzamt, bei dem er beschäf-
tigt war, um langjährige Unregelmäßigkeiten
zuklären lassen, war darauf fruchtlos entlassen
worden und wurde ein Strafverfahren gegen ihn ein-
geleitet.

Nord und Selbstmord.

Berlin, 7. April. Der 30 Jahre alte Maschinenfah-
rer Abraham Schöb in der vergangenen Nacht in seiner
Wohnung auf eine 18jährige Beschäftigte und verletzte das
Mädchen durch einen Raubmord. Darauf löste er
sich selbst durch einen Schuß im Kopf. Das Mädchen
ist im Laufe des Vormittags im Krankenhaus seinen Ver-
letzungen erlegen. Es ist daher nicht möglich gewesen,
die Gründe der blutigen Tragödie einwandfrei festzustellen.

Verurteilung wegen Beleidigung des Reichs- kultusministers.

München, 7. April. Der vor kurzem ausgeschiedene
Chefredakteur der "Münch. Neuesten Nachr.", Gerlich,
ist wegen Beleidigung des Reichskultusministers Red-
lob zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Gerlich hatte
in einem Artikel in München die Tätigkeit des Reichskultus-
ministers, den er dort zufällig kennen gelernt hatte, in be-
leidigender Form so laut kritisiert, daß auch die Unbe-
teiligten unwillkürlich den Diskussionen wurden.
Der Reichskultusminister des Innern hatte daher Klage gegen
Gerlich erhoben.

Aufführung aufsehenerregender Einbrüche.

Salzburg, 6. April. Die Einbrüche in Villen und
Schlösser bei Salzburg, die vor einigen Jahren wegen der
Vermutungen über die Persönlichkeit des Ein-
brechers Aufsehen erregten und auch zu einer Inter-
pellation im Nationalrat führten, haben jetzt ihre Auf-
klärung gefunden. Als Täter wurde der Kellner
Stampfl, ein berüchtigter Einbrecher und Fallstrichter-
reiter, im Gefängnis von St. Pölten festgehalten. Er gestand,
die Einbrüche bei Salzburg aus Haß und um Vergeltung
zu üben nur bei Mitgliedern der hohen Ari-
stokratie verübt zu haben. Eine Hausdurchsuchung in
St. Pölten bei den Verwandten und Hehlern Stampfls
ergab liberalisierende Resultate.

Haushand mit zwei Todesopfern.

Bregenz, 8. April. Um Mitternacht ist das Wohn-
haus mit Stall des Rudolf Bader in Langenece
vollständig niedergebrannt. Der zehn Jahre
alte Sohn und die dreizehn Jahre alte
Tochter wurden hierbei ein Opfer der Flammen.
Der Schaden beträgt 100 000 Schilling.

Der Leiter einer internationalen Banknoten- fälscherbande verhaftet.

Wien, 6. April. In Mödling bei Wien wurde heute
der Bulgare Simon Bureff als der jahrelang ge-
suchte technische Leiter einer internationalen Bande von
Banknotenfälschern, die im Jahre 1925 mit der Her-
stellung falscher Hundertbanknoten und 5000-Lewanoten
beschäftigt war, verhaftet. Während damals 30 Mit-
glieder der Bande festgenommen werden konnten, gelang
es Bureff zu entkommen. In Berlin hat er sich vor
einigen Jahren mit Teppichhandel beschäftigt. Später hat er
nach seinen Angaben verschiedene Reisen nach Italien, der
Türkei und Griechenland unternommen. In letzter Zeit
hielt Bureff sich unter falschem Namen in Mödling auf.

Ein Autobus verunglückt.

Brünn, 6. April. Auf der Straße von Krtitz nach
Brünn verunglückte heute früh kurz vor der Ellen-
höfchenstraße der Karapass-Strasse ein mit 18 Perso-
nen besetzter Autobus. Infolge Bruchs des lin-
ken Hinterrades des Lenkorges geriet das Auto nach links
aus der Fahrbahn und überschlug sich. Die in dem Wa-
gen sitzenden Passagiere trugen mehr oder minder schwere
Verletzungen davon.

Zubov geht nach Rumänien.

Brüssel, 7. April. Wie "Dernière Heure" meldet,
hat Alexander Zubov die Einreiseerlaubnis für Ru-
mänien erhalten und wird am Sonntag nach dort ab-
reisen.

Ein Amokläufer tötet drei Personen.

Amsterdam, 7. April. In Surabaja (Java)
hat ein Gefangener mit der Waffe eines Kollisten drei
andere Gefangene getötet und einen schwer
verwundet. Der Amokläufer wurde von der Polizei
niedergeschossen.

Ein Arzt Opfer seiner wissenschaftlichen Forschungen.

Moskau, 8. April. Alexander Bogdanoff,
Direktor des Staatlichen Forschungsinstituts für Aus-
strahlung, starb durch Intoxikation infolge eines an
sich selbst vorgenommenen missglückten Strahlen-
experimentes.

Neue Erbstöße in Kleinasien.

Angora, 6. April. Gestern Abend um 9 Uhr und
heute morgen um 4 Uhr trafen in Tordasi zwei neue
heftige Erdstöße ein, die, wenn auch schwach, auch
in Smyrna bemerkbar waren. Neue Zerstörungen wur-
den nicht angerichtet.

300 Personen vergiftet.

Boule (Ankara), 7. April. 300 Personen er-
krankten an schweren Arsenikvergiftungen. Es
stellte sich heraus, daß die 70 Jahre alte Besitzerin eines
großen Holzgeschäfts und deren Bruder Arsen in
einen Brunnen geworfen hatten, um die zu-
künftigen Erben ihres Vermögens zu vergiften. Bei
ihrer Festnahme gaben sie als Grund der verbrecherischen
Tat an, sie hätten beabsichtigt, daß die Erben es auf ihr
Leben abgesehen hätten, und hätten ihnen zuvorkommen
wollen.

Beschlagnahme von Munition.

Kempner, 6. April. Die Zollbehörde beschlagnahmte
an Bord des Dampfers "Kempner" 18000 Schuß Mu-
nition. Man nimmt an, daß sie für die Anhänger
des Generals Sandino bestimmt waren.

Schneesturm in Omaha.

Kempner, 6. April. Während sich Kempner bei 73
Grad Fahrenheit des warmen 6. April seit 18 Jahren
erfreute, wütete in Nebraska ein gewaltiger Schne-
sturm, der in Omaha die Stromversorgung und somit
den gesamten Verkehr unterband.

Rheber 2
Abdruckt
Städtisches
Amtlicher
des Landrat
von Bürgerme
ämtern und
des Kreises
Organ
des Zentrum
Nummer
Kor
und Wirk
Dr. E
Neben der
Bildung in die
weit die letzte
dichter Schlei
kommen. Die
einen ganz bes
solcher Schlei
gänge des Wirt
dann waren die
Kongressbildung
nicht in die R
über hat sich ne
Verständnis für
gitar stärker dur
nicht werden soll
trächtlich. Aber
und die Führer
Grund der ameri
es für die Wirtschaft
Karten zu spielen
Krauter-Standpunkt
Struktur der Wirtschaft
dafür eintreten, de
Gesamtheit als n
fernehmungen meh
kein neuerliches D
geitweise Festst
Erzeugung und
und Kredit, Verlu
gungsrückstellungen
machen und es ihr
und entsprechend an
Mittel aus dieser
Statistik.
Einen ersten
Kongressbildung ble
quere. Im 1. U
änderung der allge
Vortragszeit zu be
Arbeitsgruppe die
Organisationsform
erfahrenen 1. Ban
Interesse sind die
über die Kongressbil
Unterstützung der
büfrie, in der elektr
leumindubrie und
und durch eingehe
namentlich die Frag
tung, der Dividend
gehend erörtert. Se
gründe der Kongress
vereinigten
Böglar, Dortmund
"Die Tatsache, da
Lage war, ihre Sch
Ausnahmen, war w
Zusammenschluß
immer das eine ober
daß die Ueberzeugu
wieder hochzukomm
schlusses war ohne
mögliche Reaktion
licher, organisator
bringen, daß die Un
Sch überbreite garm
unmittelbar die Häf
fellen zusammengeho
Monaten vor Kapite
Mit Kapitalzusamm
Verlust ausmerzen,
kurzer Zeit würde
Zufolge, daß wir da
Produktion bei den
Stahlwerten auf vier
ten, hat uns zu eine
füllung der Selbst
der Rationalisierung
ist natürlich unumg
unternehmen eine v
die Grundlage war
wir heute rückstän
schauen und vor die
einmal ebenso mach
vereineinde Antwort
die Vorteile auf allen
Für die Zukunft
halb der deutschen
lam die Neuerung
Frage: "Inter
fusion". Es erg
Einstimmung aller
über, daß die F
mein schaft vor
A. B. der Vorfis
ten Großkongress,
"Bei Gründung
auch wir die Frage
meinschaft geprüft.
wogen, aber sind sch
tägliche glatte Bah
liche Schwierigkeiten
einer Interessengeme
sonders wenn man
Bemerkunges zu le
erzeugen wir A. B.
materialien von allen
oder fünf Werte ver